

Freie Schulwahl bringt mehr Schaden als Nutzen

Kommentar des LCH zur Initiative im Kanton Baselland und zum «System Bildungsgutschein» allgemein.

Die Argumentation tönt verlockend: Alle Eltern sollen ihr Kind an die Schule ihrer Wahl schicken können, wobei die gewählte Schule dann das ganze Schulgeld des Staates kriegt. Damit würde, so die Befürworter, nicht nur eine soziale Ungerechtigkeit behoben – wer's vermag, tut's ohnehin schon –, sondern auch gleich ein «gesunder Wettbewerb» und damit eine Qualitätsverbesserung der Schulen ausgelöst. Der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) lehnt dieses Ansinnen kategorisch ab. Das in anderen Ländern mehr oder weniger funktionierende Modell ist aus verschiedenen Gründen nicht auf die Schweiz übertragbar. Es würde im Endeffekt die Chancen-Ungleichheit der Schülerinnen und Schüler nicht mindern, sondern verschärfen. Zudem stimmt die Behauptung einer blossen Umverteilung der Gelder nicht. Es wäre mit beträchtlichen Mehrkosten für den Steuerzahler zu rechnen.

«Fluchtgründe» beseitigen statt mehren

Das Angebot tönt verlockend: Das eigene Kind hat Schwierigkeiten mit der Lehrperson, oder die Klasse oder die ganze Schule passt nicht. Kein Problem. Flugs ab zur nächsten Schule! Natürlich kann es immer wieder mal Probleme mit Schulen und Lehrpersonen geben. Es gibt leider Schulen oder Klassen, welche sehr ungünstige soziale Mischungen aufweisen und in denen eine angemessene schulische Förderung aller Kinder stark beeinträchtigt ist. Die Antwort darauf kann und darf nicht «Flucht» sein. Vielmehr muss der Schulträger weit stärker als bisher in die Pflicht genommen werden, solche Situationen zu vermeiden oder rasch zu beheben.

Die Schulaufsicht muss künftig eine Mindestqualitäts-Garantie leisten, welche einen Schulwechsel aus der Not heraus unnötig macht. Für die paar verbleibenden Fälle, in denen ein Klassen- oder Schulwechsel pädagogisch angezeigt ist, bietet auch die Lehrerschaft Hand.

Kein Ausverkauf der «Vision Schweiz»

Dass das Ideal der Chancengleichheit nur ungenügend gelebt wird, hat zwar

die PISA-Studie eindrücklich gezeigt; es wäre aber eine absurde Antwort, deswegen die Chancenungleichheit durch Privatisierung gleich nochmals um einen Zacken zu verschärfen. Die öffentlichen Volksschulen brauchen jetzt Massnahmen zur Verbesserung ihrer Integrationskraft. Andernfalls droht die Entstehung von Schul-Ghettos: Auf der einen Seite mit bestens dotierten Schulen für eine konfessionell geschlossene oder eine sozial «habliche» Klientel, auf der anderen Seite verelendende Restschulen für die bildungsfernen Milieus, Unterschicht-Ausländer und verhaltensschwierige Schülerinnen und Schüler. Dies würde zwar gut zum politischen und wirtschaftlichen Grosstrend einer gesellschaftlichen Polarisierung und des Verschwindens des Mittelstandes passen, kann aber nicht die Vision einer zukunftsfähigen und demokratischen Schweiz sein.

Topographie der Schweiz respektieren

Die Idee der freien Schulwahl nach dem Modell Bildungsgutschein klingt sofort zynisch, wenn man einen Blick auf die Topographie der Schweiz wirft. Zwischen zwei oder drei Schulen auswählen können, ist auch eine Frage der Erreichbarkeit, des zumutbaren Schulwegs. Und da gibt es eben auf dem Lande und in den Bergen sehr viele dünn besiedelte Gebiete und Tälerschranken, welche einen Schulwechsel nicht mit dem Velo oder dem Wechsel von der Buslinie 7 auf die Buslinie 2 bewerkstelligen lassen.

Die freie Schulwahl würde Eltern bzw. Kinder in städtischen Agglomerationen und Landkinder mit hoher Mobilität seitens der Eltern (Zweitauto) stark bevorzugen. Für die anderen bleibt das Modell ein Papiertiger. Oder dann würden die Schülertransport-Kosten explo-

dieren oder – zur Kostenoptimierung – zentrale Grossschulen entstehen, welche die wohnortnahe schulische Versorgung gefährden.

Denkfehler mit hohen Mehrkosten

Was heute aus Privatschulkreisen und von deren «Elternlobby» gefordert wird, ist ein Ausgleich für die Entlastung des Staates um diejenigen Schüler, welche als Privatschüler «ja den Staat nicht mehr belasten und trotzdem Steuern zahlen» würden. Darin steckt indessen ein gravierender Denkfehler. Tatsache ist: Würde der Staat anfangen, die Privatschulen zu subventionieren bzw. diesen Instituten Schulgelder für die ihnen überlassenen Schüler zu bezahlen, daneben aber sein schulisches Grundangebot aufrechterhalten, dann würde das nur zu einer gewaltigen zusätzlichen Verteuerung des Bildungswesens führen. Wenn in einer öffentlichen Schulklasse von 22 Schülern 3 an eine Privatschule weggehen und ihr «Schulgeld» dorthin mitnehmen, dann bleiben die Kosten für diese Schulklasse praktisch genau gleich hoch. Die an die Privatschulen abgeführten Beträge würden nur in einer kleinen Minderheit von Fällen durch staatliche Minderaufwendungen kompensiert, in der Mehrheit aber zu einer um die überführten Beträge teureren Bildungsrechnung führen – und das ohne gesicherten Qualitätsgewinn. Aus den gleichen Überlegungen heraus ist auch die geforderte steuerliche Entlastung der Eltern fragwürdig.

Viele negative Auswirkungen zu erwarten

Eine Deregulierung im grossen Stil würde die von den Privatisierern der Staatsschule angelasteten Probleme nur scheinbar lösen. Denn nach aller ausländischen Erfahrung müsste mit min-

Tatsache ist: Würde der Staat anfangen, die Privatschulen zu subventionieren bzw. diesen Instituten Schulgelder für die ihnen überlassenen Schüler zu bezahlen, daneben aber sein schulisches Grundangebot aufrechterhalten, dann würde das zu einer gewaltigen zusätzlichen Verteuerung des Bildungswesens führen.



Foto: Peter Larson

Freies Spiel der Kräfte in der Bildung? Dabei drohen Mehrkosten, weniger Chancengerechtigkeit und sinkende Qualität.

destens drei ungewollten Problemen der marktwirtschaftlichen Schulträgerschaft gerechnet werden:

- a) Die Kosten der Privatschulen würden *nicht mehr so günstig* sein, wie vorher, wenn – was international üblich ist – die Privatschulen als Preis für die staatliche Finanzierung auch «unangenehme Kundschaft» aufnehmen und alle staatlichen Qualitätsauflagen und Rechenschaftsverpflichtungen erfüllen müssen.
- b) Der *Profilierungsdruck* auf den nun konkurrierenden Schulen würde bei sehr vielen Schulen zu einer Energieverlagerung auf das «Management» bzw. das «Verkaufen» der Schule unter kurzfristigen, marktorientierten Attraktivitäts- und Rentabilitäts-Perspektiven führen und Schulleistungs-Ansprüche in den Hintergrund treten lassen. Die Folge solchen «Bluffs» und des Akquirierens und Haltens der Schüler «um jeden Preis» wäre eine *tendenzielle Senkung des Leistungsniveaus* bei den Schülern (Achtung: man verwechsle nicht Examenserfolge im Rahmen der

heute üblichen Examensrituale mit dem realen Leistungsniveau).

- c) Schliesslich würde rasch eine *Zweiklassen-Bildungsgesellschaft* entstehen: Einigen sehr guten – zumindest sehr gut mit Mitteln dotierten – Eliteschulen in den städtischen Zentren und an ländlichen «Goldküsten» stünden Verelendung und Niveauzerfall beim grossen Rest der «Restschulen» in den Städten und vor allem auf dem Lande gegenüber. Nur wenige begüterte Familien würden vor allem auf dem Lande die Möglichkeit haben, ihre Kinder an weiter entfernte Schulen ihrer Wahl zu schicken.

Bluff und Schereneffekte wären teilweise vermeidbar bei einer zentralen Schulaufsicht, welche an die Anerkennung der gutscheinberechtigten Schulen sehr strikte Anforderungen stellt. Das würde aber einige Privatschulen mit besonderen pädagogischen Konzepten und entsprechend fraglicher Anschlussfähigkeit an die öffentliche Schule ausschliessen. Nur: Diese Art von Schulaufsicht, welche in Holland oder den nordischen

Ländern auf nationaler Ebene (!) funktioniert, müsste in vielen Kantonen erst noch geschaffen und finanziert werden. Über eine neue Geldverteilung nachzudenken, während die Steuerungs-Voraussetzungen noch fehlen, ist unseriös.

Keine frivolen Experimente!

Solche Entwicklungen kann sich die Schweiz unter keinen Umständen leisten. Die Schweizer Wirtschaft und Staatsform lebt nicht von Tellerwäschern und Millionären, sondern von einem allgemein hohen Bildungsniveau der ganzen Bevölkerung. Wir dürfen Bildungspolitik nicht aus einer Mentalität des Versagens heraus betreiben, sondern aus Sorge um den Erhalt und die Steigerung des allgemein guten Niveaus und der Behebung einiger erkannter Teilschwächen.

Deshalb ist die Bereitschaft zu radikalen strukturellen Experimenten – wie das einer Privatisierung – mit guten Gründen gering. Bevor nicht andere und durchaus bekannte Reformmassnahmen ernsthaft und in der Breite erprobt wurden, rechtfertigt sich ein Systemwechsel nicht.